

Mehr Mut zur Jugend

POLITIK NUR MIT UNS!
Grüne Jugend Baden-Württemberg

AKTIONSPLAN
Landtagswahl 2026

2025/26



**GRÜNE
JUGEND**
BADEN-WÜRTEMBERG

Präambel

Junge Menschen stehen vor großen Herausforderungen, die ihre Zukunft unmittelbar beeinflussen. **Studien wie die Shell Jugendstudie und die SINUS-Studie 2024 zeigen klar, dass die Sorgen der jungen Generation so vielfältig sind wie ihre Lebensrealitäten.** Angst vor Krieg in Europa, Klimawandel, soziale Ungleichheit, hohe Lebenshaltungskosten, wirtschaftliche Unsicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt – all diese Themen bewegen junge Menschen besonders und prägen ihre Erwartungen an die Politik.

Doch trotz ihrer Sorgen fühlen sich viele Jugendliche in politischen Prozessen nicht ernst genommen. **Ihre Anliegen werden oft über-**

hört oder nicht ausreichend berücksichtigt. Dies führt zwar zu einer wachsenden Politisierung, aber auch zu wachsender Frustration und einem Rückzug aus dem politischen Engagement – viele erwarten Lösungen, glauben aber nicht mehr daran, dass die Politik sie liefern kann.

Gleichzeitig wird deutlich: Junge Menschen interessieren sich nicht nur für klassische „Jugendthemen“, sondern für eine breite Palette an politischen Fragen. Eine glaubhafte Politik für die junge Generation muss **sie als gleichberechtigte Akteur*innen in allen Bereichen ernst nehmen, ihnen echte Mitspracherechte einräumen und sie aktiv in Entscheidungsprozesse einbinden** – von der

Kompromissfindung bis hin zur Ergebnisverkündung.

Diese 10 Themen setzen genau dort an: Sie greifen die wichtigsten Themen auf, die junge Menschen als zentral bewerten oder die Lebensrealität von jungen Menschen besonders beeinflussen – von einer krisenfesten Gesellschaft über Klimaschutz und soziale Sicherheit bis hin zu fairen Bildungschancen und echter Jugendbeteiligung. Sie sind ein klarer Aufruf dafür, dass die Anliegen der jungen Generation nicht nur gehört, sondern in konkrete politische Maßnahmen überführt werden müssen. **Denn eine Gesellschaft, die ihre Jugend stärkt, investiert in ihre eigene Zukunft.**

Unsere 10 Themen

1. **NATÜRLICHE LEBENSGRUNDLAGEN BEWAHREN**
2. **MENTALE GESUNDHEIT STÄRKEN
EIN ZUKUNFTSFÄHIGES GESUNDHEITSSYSTEM FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG**
3. **WOHNUNGSLOSIGKEIT UND MIETWUCHER BEENDEN**
4. **BILDUNGSGERECHTIGKEIT FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG**
5. **KLIMAFREUNDLICHE UND BEZAHLBARE MOBILITÄT FÜR ALLE**
6. **FAIREN EINSTIEG INS BERUFSLEBEN GEWÄHRLEISTEN**
7. **EINE GERECHTE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT GESTALTEN**
8. **QUEERFEMINISMUS UMSETZEN
GLEICHBERECHTIGUNG IN ALLEN LEBENSBEREICHEN**
9. **KRISENSICHERHEIT GARANTIEREN**
10. **EHRENAMT STÄRKEN**

1 Natürliche Lebensgrundlagen bewahren

Junge Menschen brauchen nicht nur eine intakte Natur, sondern einen gesunden Planeten, auf dem es sich gut und sicher leben lässt. Ein wichtiger Bereich ist dabei der Gebäudebestand: Deshalb fordern wir **ein Sanierungs-sprintprogramm für Mehrparteienhäuser**, verbunden mit dem Einsatz auf Bundesebene, Sanierungen aus der Modernisierungsumlage auszunehmen und zu dem Prinzip der Warmmietenneutralität zu kommen. So wollen wir CO₂-Emissionen im Gebäudebestand schnell senken und Mieter*innen entlasten. Die **Holzbauweise soll bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt** werden, wobei darauf zu achten ist, dass das Holz regional und nachhaltig erwirtschaftet wurde.

Flächenfraß vermeiden: Bis 2035 soll der Netto-Null-Flächenverbrauch erreicht und alte Industriebrachen begrünt oder umgewidmet werden. Altlasten auf ehemaligen Industrieflächen sollen untersucht und deren Beseitigung gefördert werden. Abriss muss eingedämmt, Sanierung gegenüber Neubau bevorzugt werden. Deswegen wird bei allen landeseigenen **Neubauprojekten ihre Unvermeidbarkeit** überprüft. **Aufstockungen und Nachverdichtungen** müssen gefördert werden.

Ein **Landesinvestitionsfond** soll den Ausbau kommunaler Wärmenetze und -produktion vorantreiben, während „**Sprinterprämien**“ den schnellen Ausbau fördern. Damit alle von der Wärmewende profitieren, braucht es zudem **kostenlose Energie- und Sanierungsberatungen und sozial gestaffelte Förderprogramme für private Sanierungen. Ein Landeskonzept für die schrittweise Stilllegung und den Rückbau von Erdgasnetzen** soll gemeinsam mit den Netzbetreibern erarbeitet werden und den Umstieg langfristig vervollständigen. **Umwelt- und industrielle Wärmequellen** wie Geothermie, Flusswärme und industrielle Abwärme müssen systematisch erfasst und in die Wärmeplanung integriert werden. Potenziale der Solarthermie sollen dabei geprüft und ebenfalls in die Wärmepläne integriert werden. **Quartierspeicher** müssen gezielt unterstützt werden, um Wärme lokal effizient zu speichern, und Verteilnetzbetreiber müssen dazu berechtigt werden, entsprechende Energiespeicher zu betreiben. **Landesbürgschaften** erleichtern die Finanzierung kommunaler Projekte, und **Förderprogramme** helfen Verteilnetzbetreibern beim **Netzausbau**, um überall einen Wärmepumpen Einbau zu ermöglichen.

Die Energieversorgung der Zukunft braucht klare Maßnahmen: Deshalb müssen wir **Agri-Photovoltaik ausbauen, Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Akzeptanz bei Landwirt*innen erhöhen**. Darüber Hinaus müssen wir die **Tiefengeothermie stärken und fossile Brennstoffe bis 2040 bei Endkund*innen überflüssig machen**. Standortkommunen müssen über eine **verpflichtende Abgabe von mindestens 0,2 Cent pro Kilowattstunde** an Windkraftprojekten beteiligt werden und Bürger*innen, wo möglich, durch **Beteiligungsmodele an Erneuerbaren Energieprojekten** profitieren. Um Flächen effektiver zu nutzen, sollen eine **Flächenbörse für erneuerbare Energien und kommunales Flächenpooling** eingeführt werden. Die **Pensionsrücklagen des Landes** sollen in einen Fond umgeschichtet werden, der in kommunale Energiewende-Projekte investiert. **Klimaschutz muss als kommunale Pflichtaufgabe** festgeschrieben und **klimaschädliche Vorhaben** durch einen Klimavorbehalt für sämtliche Landesförderprogramme grundsätzlich unterlassen werden. Der **Klimasachverständigenrat soll in seinen Aufgaben gestärkt** und ein **CO₂-Restbudget** auf Landesebene mit verpflicht-

tenden Reduktionspfaden rechtlich festgelegt werden. Die landeseigenen **Unternehmen der Energieerzeugung und der Netzbereitstellung** sollen voneinander getrennt und die **fehlenden Anteile der landeseigenen Netzbetreiber gänzlich aufgekauft** werden.

Junge Menschen brauchen neben einem stabilen Klima für eine lebenswerte Zukunft auch sauberes Wasser, gesunde Böden und eine intakte Natur. Deshalb fordern wir **konsequente Umsetzung und Ausweitung von Artenhilfsprogrammen, die schnellere Renaturierung von Mooren und Gewässern sowie den Ausbau und die Vernetzung von Biotopverbänden**, um bedrohte Ökosysteme zu schützen. Die Baumförderung von **Streubstwiesen muss verdoppelt werden, nachhaltige Landwirtschaft und Erosionsschutzmaßnahmen** müssen ausgeweitet werden, um langfristige Bodengesundheit zu sichern. Das Konzept des **Freiwilligen Ökologischen Jahrs** wollen wir stärken und die Arbeitsbedingung der Absolvent*innen verbessern.

Für eine bessere Mülltrennung und zur Entlastung der Bürger*innen muss **Biomüll kostenlos und verpflichtend** werden. Wir fordern zudem eine **flächendeckende Umstellung auf nachhaltige Waldwirtschaft**, die Monokulturen abbaut und naturnahe Dauerwälder stärkt. Hierzu sollen sich **mindestens 10% der Waldfläche in zusammenhängenden Flä-**

chen ohne menschlichen Einfluss entwickeln können.

Die Landwirtschaft muss nachhaltiger werden: **Bis 2030 sollen Pestizide um die Hälfte reduziert, Biomusterregionen verdoppelt und Lebensmittelverluste in der gesamten Lieferkette halbiert** werden. Öffentliche Kantinen sollen bis 2030 mindestens **zur Hälfte Bio- und regionale Lebensmittel** und eine pflanzliche Option anbieten. Die Subventionierung öffentlicher Mensen muss stärker auf **fleischfreie Ernährung** ausgerichtet werden. Landwirt*innen müssen beim Artenschutz und der Umstellung auf **klimafreundliche Bewirtschaftung** finanziell unterstützt werden. Besonders junge Landwirt*innen müssen bei der Übernahme eines Hofes und einer möglichen Umstellung auf klimafreundliche Bewirtschaftung gefördert werden. **Anreize für den Naturschutz in der Landwirtschaft** sollen gestärkt und die Anbindehaltung bis spätestens 2030 überwunden werden. Eine gesetzliche Grundlage für eine Weiterbildung im Bereich Agrarpädagogik soll geschaffen werden.

Flüsse brauchen mehr Raum, um wertvolle Lebensräume zu bilden. Hierfür sollen **Auenlandschaften geschaffen** werden, die gleichzeitig dem Hochwasserschutz dienen. Der Schutz unserer natürlichen Ressourcen ist eine Zukunftsfrage – wir müssen jetzt handeln, um kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu sichern!



2 Mentale Gesundheit stärken

Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem für Baden-Württemberg

Die mentale Gesundheit von jungen Menschen verschlechtert sich zunehmend. Viele junge Menschen leiden unter psychischen Herausforderungen. Das Land muss dieses Problem ernst nehmen und die mentale Gesundheit junger Menschen in der Gesellschaft deutlich verbessern. Dafür braucht es den schnellen **Ausbau ambulanter und stationärer Therapieangebote** durch die gezielte Förderung von Einrichtungen in Landeszuständigkeit. **Psychosoziale Notfalldienste** müssen landesweit rund um die Uhr erreichbar sein, insbesondere für junge Menschen in akuten Not-situationen. **Schulen und Hochschulen sowie Kindergärten sollen verpflichtend Konzepte** zur Förderung der mentalen Gesundheit auflegen und umsetzen, etwa durch **Schulpsychologinnen und Stresspräventionspro-**

gramme. Zudem müssen **Jugendzentren und Freizeiteinrichtungen** gestärkt und das entsprechende Personal auf psychische Herausforderungen der jungen Menschen vorbereitet werden, um sichere Rückzugsorte und Unterstützungsangebote im Alltag zu schaffen. Darüber hinaus müssen Übergangsstellen wie **psychosoziale Beratungsstellen und Sucht- sowie Suizidpräventionsstellen** vom Land ausgebaut werden. Um das Stadt-Land-Gefälle zu verringern, sollten **bezuschusste Therapieangebote in ländlichen Regionen** eingeführt werden. Die **Jugendpsychiatrie muss gestärkt** und unterbezahlte Jugendtherapien besser finanziert werden, beispielsweise durch die Investition in landeseigene Einrichtungen. Ein **Landesbeirat für psychische Gesundheit** soll die bestehenden Bedarfe

direkt einbringen können und auch bei der Entwicklung einer **landesweiten Strategie gegen Einsamkeit** unterstützen. Schließlich ist auch eine **umfassende gesellschaftliche Aufklärung** notwendig, um die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen zu überwinden und die mentale Gesundheit als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung auf politischer Ebene stärker zu verankern. Angehende Beamt*innen sollen durch die Zuhilfenahme von therapeutischen Angeboten nicht benachteiligt werden oder sogar ihre Verbeamtung gefährden. Gerade in psychisch belastenden Berufen, wie dem Polizeidienst, sollten Beamt*innen psychosoziale Beratungsangebote vom ersten Tag ihrer Ausbildung an zur Verfügung stehen. Das Land soll für Notfälle gemeinsam mit den Kommunen



Konzepte zur **Versorgung mit Seelsorger*innen** im öffentlichen Raum entwickeln und umsetzen. Besonders **vulnerable Gruppen wie Geflüchtete, Alleinerziehende oder LGBTQIA+ Personen benötigen spezifische Unterstützungsangebote**, um ihre mentale Gesundheit nachhaltig zu stärken. Hierfür sollen gesonderte Angebote geschaffen werden.

Für eine bessere allgemeine Gesundheitsversorgung müssen **geschlechtsspezifische Unterschiede in Krankheitsverläufen** in die Gesundheitsstrategie des Landes einbezogen und durch gezielte Forschung besser adressiert werden. In der medizinischen Ausbildung fehlt es oft an flächendeckender Kenntnis zu Schwangerschaftsabbrüchen. Es muss sichergestellt werden, dass Medizinstudierende und angehende Ärz-

t*innen umfassend zu diesem Thema geschult werden. Zudem sollen landesweit nach dem Vorbild Heidelbergs **Gewaltambulanzen mit Rechtsmediziner*innen** für Vergewaltigungsoffer zur Beweissicherung eingerichtet werden. **Beratungsangebote für Schwangerschaftsabbrüche** sollen landesweit flächendeckend zur Verfügung gestellt werden. Die **Forschung zu ME/CFS** muss ausgebaut und der Kenntnisstand der Forschung effektiver in die Fläche getragen werden. Hierzu muss das Land die **Sensibilisierung und Schulung der Pflegekräfte und Ärzt*innen** stärker vorantreiben.

Gleichzeitig muss die **Arbeit von Pflegekräften** endlich angemessen entlohnt werden, um den Beruf attraktiver zu machen und der **Personalnot in Krankenhäusern und Pfl-**

geeinrichtungen entgegenzuwirken. So muss das Land endlich die bundesgesetzlich geregelte **Personalbemessung und deren Einhaltung** sicherstellen. Darüber hinaus muss das Land bei **Ausbildung und Qualifizierung** einen besseren **Einstieg in die Ausbildung zur Fachkraft** ermöglichen und **anfallende Investitionskosten bei Pflegeeinrichtungen** übernehmen.

3 Wohnungslosigkeit und Mietwucher beenden

Junge Menschen brauchen eine Gesellschaft, die soziale Sicherheit garantiert und Wohnraum für alle bezahlbar macht, denn gerade bei jungen Menschen ist Wohnungslosigkeit ein großes Problem. Deshalb fordern wir die Gründung und finanzielle Ausstattung einer **gemeinnützigen landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaft**, die gezielt Sozialwohnungen schafft, sowie eine jährliche **Bauquote von mindestens 14.000 neuen Sozialwohnungen im Land**. Die entsprechende Sozialbindung soll vom Land dauerhaft festgeschrieben werden, solange die Wohn-gemeinnützigkeit nicht wieder eingeführt ist.

Die Förderungen für **Azu-bi-Wohnen und Werkswohnungen** müssen finanziell besser und langfristiger ausgestattet werden und in einen eigenen Fördertopf mit separater Förderrichtlinie, am Beispiel des Studieren-wohnens, umgeschichtet werden. Darüber hinaus müssen die verfügbaren Mittel stärker an die Unternehmen herangetragen und bekannter gemacht werden. **Studierendenwohnen** muss ebenfalls mit ausreichend finanziellen Mitteln versehen werden. Hierfür sollte sich das Land das Ziel setzen, bis 2030 **30% der Studierenden in Baden-Württemberg ei-**

nen Wohnheimplatz anbieten zu können.

Um Mieten bezahlbar zu halten, muss das Land sich auf Bundesebene für eine Verschärfung der **Mietpreisbremse und gegen die Umgehungen durch Kurzzeitmieten oder Möblierung** starkmachen. **Leerstand muss durch ein von Landesebene festgelegtes Zweckentfremdungsverbot** und durch finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der **Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen** bekämpft werden. **Spekulativer Wohnraumleerstand muss verhindert** und die **Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen strenger reguliert** und langfristiger festgeschrieben werden, um Mieter*innen besser zu schützen. Der **Stellplatzschlüssel für Kraftfahrzeuge** soll umgehend abgeschafft werden.

Das Land Baden-Württemberg soll Konzepte fördern, die **Wohnquartiere als offene Orte der Begegnung** schaffen und generationenübergreifendes Wohnen forcieren, um sozialen Zusammenhalt und **Nachbarschaftshilfe zu stärken**. Es braucht eine feministische Raumplanung, die beispielsweise **Wohnkontingente für Alleinerziehende, Housing First Ansätze und Second**

Stage Housing flächendeckend fördert und Rückzugsräume für Frauen, Trans-, Inter- und nonbinäre Menschen in öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise Bahnhöfen mitdenkt. Stadtplanerische Maßnahmen, die gegen gesellschaftliche Gruppen gehen, wie beispielsweise **“anti homeless architecture”**, müssen untersagt werden. Ein gezieltes Förderprogramm wie nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine für **Wohnraumprojekte für geflüchtete Menschen** soll wiederaufgelegt werden, um dringend benötigten Wohnraum bereitzustellen. Denn wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum für alle!

Bildungsgerechtigkeit für Baden-Württemberg **4**

Gerade das Bildungssystem betrifft viele junge Menschen jeden Tag. Deshalb brauchen wir ein Bildungssystem, das junge Menschen unabhängig von sozialer Herkunft, finanzieller Situation oder Wohnort fördert. Aus diesem Grund fordern wir gut ausgestattete Schulen, ausgebildete Lehrkräfte und Lehrpläne, die auf die Realität angepasst sind. Dazu gehören für uns **verpflichtende Fortbildungstage für Lehrkräfte**, die diese regelmäßig in Digitalisierung, Demokratiebildung, Sonderpädagogik und mentaler Gesundheit schulen. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Fortbildungen nicht zu einer zusätzlichen Belastung werden. Das Lehramtsstudium muss attraktiver und gerechter gestaltet werden. Alle Lehrkräfte, egal welcher Schulart, sollen gleichwertig und gerecht bezahlt und alle **Lehramtsstudiengänge gleichgestellt** werden, um den Beruf attraktiver zu machen. So müssen bspw. Grundschullehrkräfte in die Entgeltstufe E13 eingestuft werden. **Kriterienkataloge für Referendariatsprüfungen** sollen als Standard festgelegt werden, um eine willkürliche Notenvergabe zu verhindern. Bei Referendariaten müssen Studierende durch sehr kurzfristige Ortszuteilungen in kurzer Zeit ein komplett neues Lebensumfeld aufbauen. Um

das zu vereinfachen, muss es zum einen **mindestens zwei flexible Einstiegstermine für das Referendariat** geben, die an das Semesterende angepasst sind und zum anderen müssen Mitteilungen mindestens sechs Monate im Voraus erfolgen. Zudem muss bei der Standortwahl das persönliche Interesse der Bewerber*innen berücksichtigt werden, mit einem **Mindestmaß an Mitbestimmung**. Wir setzen uns für eine grundlegende Reform unseres Bildungswesens ein und fordern dafür eine **Enquete-Kommission Bildung** einzusetzen. Zudem stehen wir in einem Übergangszeitraum für eine **längere gemeinsame Schulzeit bis Klasse 6** und die **Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung**, um allen Kindern mehr Zeit für ihre Entwicklung zu geben und Leistungsdruck zu reduzieren. Die **Berufsorientierung** sollte in Schulen deutlich gestärkt werden und Lehrkräfte, gerade durch entsprechende Fortbildung, bei der Umsetzung des Schulfachs "Wirtschaft / Berufs- und Studienorientierung" unterstützt werden. So sollen beispielsweise **Fortbildungsangebote im Handwerk und in der Landwirtschaft** für alle Arten von Lehrkräften ausgebaut werden, um den Wert des Handwerks und der Land-

wirtschaft an die Lehrenden zu übermitteln. Programme wie "**Lernort Bauernhof**" sollen gestärkt und bekannter werden. Bildungschancen dürfen nicht länger vom Geldebeutel der Eltern abhängen! Wir fordern **kostenlose Schulmaterialien, also Lernmittelfreiheit für alle, eine flächendeckende Einführung von kostenfreien Schulspinden und kostenlose, pflanzliche, saisonale und regionale Verpflegung in Schulumenschen**. Zusätzlich müssen alle **Schüler*innen Zugang zu digitalen Endgeräten** und schnellem Internet haben, unabhängig von der finanziellen Lage der Familie. Schulsozialarbeit muss zur kommunalen Pflichtaufgabe mit finanzieller Unterstützung durch das Land werden und auch für Lehrkräfte und angehende Lehrkräfte zugänglich sein, um Chancengleichheit in schwierigen Lebenslagen zu sichern. Im frühkindlichen Bereich fordern wir **einkommensabhängige KiTa-Gebühren, eine garantierte kostenlose pflanzliche, saisonale und regionale Mahlzeit pro Tag** für jedes Kind sowie **Sprachförderung bereits in der frühen Bildung**. Bildung darf nicht vom Zufall abhängen – wir brauchen ein starkes, gerechtes und modernes Bildungssystem für alle!

5 Klimafreundliche und bezahlbare Mobilität für alle

Junge Menschen brauchen eine nachhaltige, günstige und verlässliche Mobilität – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Deshalb fordern wir **die konsequente Umsetzung eines eng getakteten Öffentlichen Personennahverkehrs von 6 bis 24 Uhr**: In den Ballungsräumen mit einem 30-Minuten-Takt und in der Hauptverkehrszeit mit einem mindestens 15-Minuten-Takt und einem 60-Minuten-Takt im ländlichen Raum bzw. in den Hauptverkehrszeiten im ländlichen Raum mit einem mindestens 30-Minuten-Takt. Zusätzlich soll der **On-Demand-Verkehr über alle Landkreise hinweg gestärkt** werden. Dafür müssen Nutzungshürden abgebaut, landesweite Angebote auf einer Plattform gebündelt und die Vernetzung mit der Bus- und Taxibranche verbessert werden.

Des Weiteren fordern wir **vergünstigte oder kostenfreie Deutschlandtickets für Ehrenamtliche, Menschen die im Dienste der Öffentlichkeit stehen und junge Menschen**. Zudem sollen alle Menschen die einmalige Möglichkeit erhalten, ein Jahresabo des Deutschlandtickets im **Austausch gegen die einjährige Abgabe des Führerscheins** zu erwerben, um den Umstieg auf den ÖPNV zu erleichtern. Der **Mobilitäts-**

pass muss um die Arbeitgeber*innenabgabe und die City-Maut erweitert werden.

Radfahren und der Fußverkehr müssen sicherer werden – mit langfristig verpflichtenden **baulich getrennten Radwegen und Gehwegen. Radschnellwege** sollen weiter gefördert und ausgebaut werden. **Bürgerbusse** sollen im ländlichen Raum eine echte Alternative sein und müssen stärker etabliert werden. Maßnahmen und Förderungen, um Car-Sharing flächendeckend in jeder Kommune in Baden-Württemberg anzubieten, sollten getroffen werden. Darüber hinaus muss **Car- und Bikesharing auch für Menschen mit Behinderung** zugänglicher werden, beispielsweise durch Autos mit Handgas oder Handbikes.

Kurzstreckenflüge müssen durch **schnelle, günstige Bahnverbindungen** ersetzt und die Subventionierung der Regionalflughäfen umgehend beendet werden. Es gilt ein Straßenbaumoratorium einzuführen und Straßenneu- und Ausbau nur mit mindestens im gleichen Umfang stattfindender Entsiegelung von Flächen umzusetzen. Das Land soll sich zudem auf Bundesebene für **Tempo 30 innerorts** einsetzen und auf **engen Landstraßen Tempo 80** umsetzen.

Städte sollen lebenswerter werden: **Bis 2030 sollen mindestens 20 % der Parkflächen begrünt oder umgewidmet und Gehwegparken** bestmöglich zurückgedrängt werden. Das Land soll den rechtlichen Rahmen für das **Anwohnendenparken** so anpassen, dass ein angemessener Mindestpreis für das Anwohnendenparken festgelegt wird und preisliche **Staffelungsmöglichkeiten** ausgehend von Größe, Gewicht oder Emissionswerten des Fahrzeugs rechtlich ermöglicht werden. **Autofreie Innenstädte** müssen gezielt gefördert werden und Kommunen, die **Superblocks** oder **Null-Emissions-Zonen** einrichten möchten, sollen vom Land dabei finanziell unterstützt werden.



3



6 Fairen Einstieg ins Berufsleben gewährleisten

Junge Menschen brauchen faire Chancen für einen erfolgreichen Berufsstart – egal, ob sie sich für eine Ausbildung oder ein Studium entscheiden. Deshalb fordern wir die staatliche **Übernahme der Gebühren einer Erstausbildung und eine Kostenübernahme für Aus- und Weiterbildungsmaterial**, um Aus- und Weiterbildungen gerade im Handwerk attraktiver zu machen. Die **Meisterprämie** soll darüber hinaus erhöht werden und die gesamten Kosten der Meisterausbildung ausgleichen. Die Meistergründungsprämie soll auf 48 Monate ausgeweitet werden, um mehr jungen Handwerker*innen die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Ein **Freiwilliges Handwerksjahr** soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, das Handwerk praktisch kennenzulernen. Zudem fordern wir, dass Azubis die **gleichen**

Privilegien wie Studierende erhalten, wie beispielsweise vergünstigte Eintritte in Kultur- und Freizeitangebote.

Berufliche und akademische Bildung müssen endlich gleichgestellt werden und auch entsprechend angesehen werden! Deshalb fordern wir verpflichtende **Praktika in Ausbildungsbetrieben oder auf Bauernhöfen** für Schüler*innen aller Schularten, um ein Verständnis für die Arbeit im Handwerk zu vermitteln. Anstatt **Berufsschulen** zu schließen, müssen diese gestärkt und wohnortnah erhalten bleiben. Dies kann vor allem durch flexiblere und zukunftsgerichtete Klassenteiler erfolgen. Zudem sollen **Produktionsschulen** eingeführt werden, um jungen Menschen ohne Schulabschluss bessere Perspektiven zu ermöglichen.

Niemand darf wegen finanzieller Hürden von einer Ausbildung abgehalten werden. Deshalb müssen **Führerscheinkosten für Auszubildende im Handwerk oder in der Landwirtschaft staatlich übernommen, die ÖPNV-Kosten für Azubis erstattet und Wohnheime für Auszubildende stärker gefördert werden**. Wir setzen uns für eine **Ausbildungsgarantie** ein, die Unternehmen in die Pflicht nimmt, ausreichend Ausbildungsplätze bereitzustellen. Darüber hinaus muss die **Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende** endlich erfolgen.

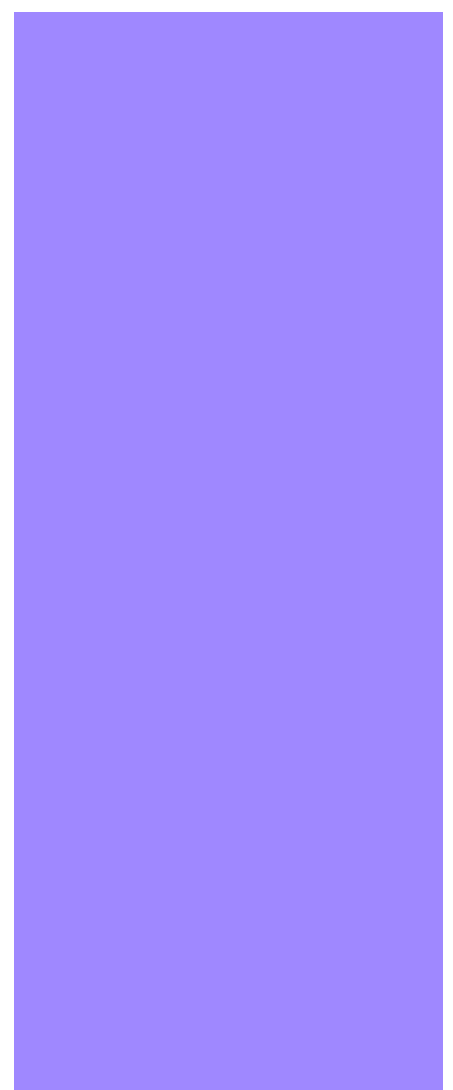
Ein fairer Berufseinstieg braucht mehr Flexibilität: **Teilzeitausbildungen im Handwerk müssen ausgebaut, berufsbegleitende Weiterbildungen attraktiver, Zweitausbildungen verkürzt und**



Teilleistungen für Menschen mit Behinderungen zertifiziert werden. Gerade bei Teilleistungs- und Teilzeitausbildungen braucht es mehr finanzielle und personelle Kapazitäten. Menschen, die durch den momentan stattfindenden Stellenabbau ihren Arbeitsplatz verlieren, sollen Umschulungen oder eine Rückkehr ins Handwerk attraktiv gemacht werden. Zudem sollen Auszubildende verpflichtend eine **Station beim Betriebsrat** durchlaufen, um ihre Rechte kennenzulernen. **Lebensarbeitszeitkonten** für Beamt*innen müssen endlich umgesetzt werden, um die Arbeitszeit flexibler zu gestalten.

Tarifbindung muss endlich konsequent gestärkt werden! Beschäftigte in tarifgebundenen Unternehmen verdienen in der Regel mehr, und wo nach Tarif bezahlt wird, sind die Lohnunterschie-

de zwischen Männern und Frauen geringer. Aktuell verdienen Frauen deutschlandweit 16% weniger als Männer - stärkere Tarifbindung könnte dazu beitragen, den **Gender Pay Gap** zu verringern und damit zur Entgeltgerechtigkeit beitragen. Deshalb fordern wir, dass Baden-Württemberg eine Stärkung des **Landestariftreuegesetz** beschließt. Nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens soll ein **Lohnatlas** für Baden-Württemberg entwickelt werden, um geschlechtsspezifische Gehaltsunterschiede sichtbar zu machen und gezielt Maßnahmen zur Lohngerechtigkeit zu fördern.



7 Eine gerechte und solidarische Gesellschaft gestalten

Junge Menschen sehnen sich nach sozialer Absicherung und einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale Sicherheit heißt, niemanden im Stich zu lassen. Deshalb fordern wir wirkungsvollere und flächendeckende **Hilfsangebote für Menschen in Armut**, eine verbesserte **Gesundheitsversorgung für Wohnungslose** und den Ausbau von **Sprachmittlung im Gesundheitswesen**. Tafeln, Schuldner*innenberatungen und soziale **Hilfsprojekte müssen finanziell gestärkt** werden, um Menschen in Not effektiv zu helfen.

Für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt müssen **Integrations- und Sprachkurse** flächendeckend und kostenlos verfügbar sein, **Ausländerbehörden personell besser ausgestattet** und **traumatisierte Menschen mit Fluchtgeschichte um-**

fassend psychologisch unterstützt werden. Hierfür muss das Land gemeinsam mit dem Bund die Kommunen umfassend finanziell ausstatten.

Die Landespolitik muss sich außerdem für die **Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung** als Fluchtgrund auf Bundesebene einsetzen. Solange dies noch nicht umgesetzt wurde, soll das Land soweit möglich ein **Sonderaufnahmeprogramm Jesid*innen II** sowie ein **Sonderaufnahmeprogramm für Menschen, die von geschlechtsspezifischer Verfolgung** betroffen sind, auf den Weg bringen. Aufbauend auf dem Ermessensspielraum von Behörden müssen Abschiebungen von **Menschen in Arbeitsverhältnissen** ausgesetzt und **Duldungen für 6 anstatt 3 Monate** ausgegeben werden. **Unabhängige Beratungen zu Möglichkei-**

ten des Aufenthalts sollen staatlich besser finanziert und weiter ausgebaut werden. Für **Menschen in der Abschiebehaft** muss ebenfalls ein **Recht auf unabhängige Rechtsberatung** gelten und NGOs muss **Zugang** gewährt werden. Die Landesregierung muss sich zudem mit allen ihren Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **zivile Seentretung** ihre Arbeit auf dem Mittelmeer fortsetzen kann.

Baden-Württemberg braucht ein entschlossenes und dauerhaft finanziertes Landesprogramm zur **Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus**. Projekte gegen Rassismus, Ableismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von wohnungslosen Menschen müssen aktiv gefördert werden.



5

Zudem ist eine **verlässliche Finanzierung von Initiativen** erforderlich, die sich direkt mit der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen befassen – darunter **Beratungstischen für Betroffene rechter Gewalt** sowie **Programme für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene**. Das Land muss klare Kante gegen menschenfeindliche Ideologien zeigen und den betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen langfristige finanzielle Sicherheit bieten.

Gleichzeitig muss eine Stelle für eine*n **Antirassismus/Integrations-Beauftragte*n** des Landes geschaffen und mit **entsprechenden Ressourcen** ausgestattet werden, um strukturelle Diskriminierung effektiv zu bekämpfen und Betroffene besser zu unterstützen. Nur eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberech-

tigt teilhaben können, ist eine gerechte Gesellschaft.

Es braucht zudem endlich eine echte **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**. Das Land muss **Barrierefreiheit zur verbindlichen Vorgabe in allen öffentlichen Neubauten und Digitalangeboten** machen, inklusive Schul- und Ausbildungswege konsequent fördern und ausreichend Mittel für **multiprofessionelle Teams in Schulen** bereitstellen. Auch in der Arbeitswelt muss das Land **Anreize für Betriebe** schaffen, um Menschen mit Behinderung einzustellen, und **inklusive Ausbildungsmodelle** sowie **Werkstätten für Menschen mit Behinderung stärker mit dem ersten Arbeitsmarkt verknüpfen**. Nur so wird Teilhabe wirklich möglich. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft braucht mutige soziale Politik!

8 Queerfeminismus umsetzen Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen

Gerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen unserer Generation – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität. Wer Gleichstellung ernst meint, muss auch handeln! Die **Gleichstellungsstrategie des Landes Baden-Württemberg** darf keine leere Hülle sein, sondern muss mit verbindlichen Maßnahmen unterlegt werden, die die Existenzsicherung und den Schutz von Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans- und agender Personen auf allen Ebenen garantieren. Ebenfalls soll wie in Berlin der **8. März als Feministischer Kampftag ein Feiertag** werden.

Das Land Baden-Württemberg muss sich klar zur **Umsetzung der ILO-Konvention Nr. 190** zum Schutz vor Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz bekennen und

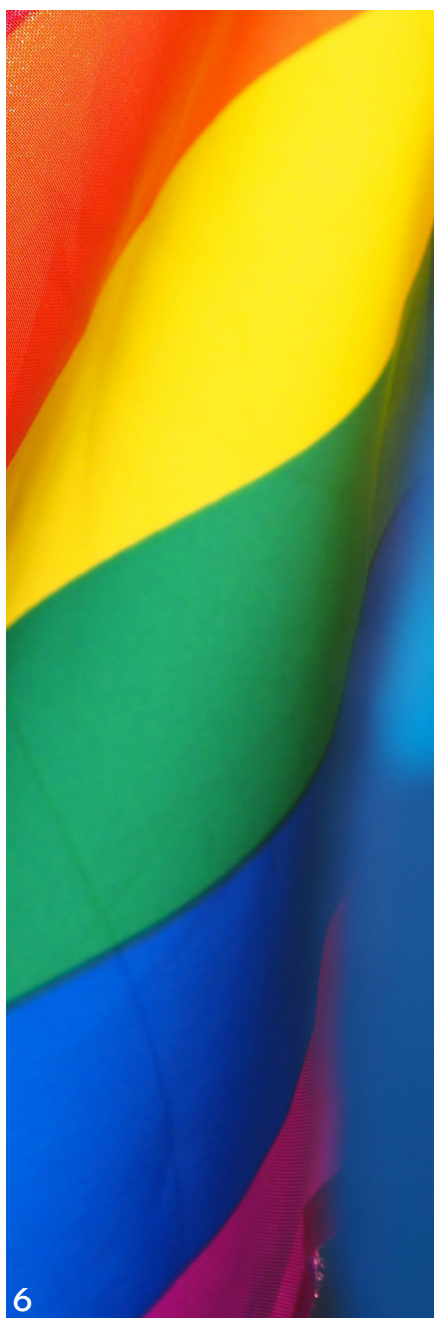
hier auf Bundesebene mit gutem Beispiel vorangehen. Das Land muss sich auch in **Einrichtungen von Religionsgemeinschaften für grundlegende Arbeitsrechte** einsetzen: Das Streikrecht und der Schutz vor Diskriminierung – etwa aufgrund von sexueller Orientierung – dürfen nicht länger durch kirchliches Arbeitsrecht eingeschränkt werden.

Beratungs- und Betreuungsangebote zu sexualisierter Gewalt, Hate Speech und Schwangerschaftsabbrüchen müssen flächendeckend ausgebaut und konsequent an die Anforderungen des digitalen Raums angepasst werden. **Antidiskriminierungsstellen** müssen verpflichtend auch für trans-, inter- und nicht-binäre Themen zuständig sein und entsprechend personell und fachlich ausgestattet wer-

den. Für trans Personen braucht es leicht zugängliche, barrierefreie Informationen zu medizinischer Versorgung – insbesondere zu **Hormonbehandlungen** – sowie einen bedarfsgerechten Ausbau entsprechender ärztlicher Angebote im ganzen Land. Das Land soll sich außerdem für **geschlechtssensible medizinische Versorgung** und **verpflichtende Fortbildungen für medizinisches Fachpersonal** einsetzen, um Diskriminierung im Gesundheitswesen abzubauen.

Pflegekräfte, Rettungsdienste, Polizei und Feuerwehr müssen **verpflichtend im Erkennen und Umgang mit häuslicher sowie sexualisierter Gewalt geschult** werden. Die geschlechtsspezifische Schmerzbehandlung – der sogenannte **Gender Pain Gap** – muss in Ausbildung und Praxis sys-

tematisch berücksichtigt werden, um strukturelle Benachteiligung in der Gesundheitsversorgung zu beenden. Gleichzeitig braucht es verstärkte Angebote der **mobilen Jugendarbeit** im ganzen Land, die insbesondere jungen Frauen und queeren Jugendlichen verlässliche Ansprechpartner*innen, gestaltbare Räume und kurzfristig verfügbare Not- und Wohnangebote bereitstellt.



Gleichstellung muss sichtbar und praktisch erlebbar sein – durch flächendeckende **Kinderbetreuung auch in männerdominierten Bereichen** wie der Feuerwehr, durch sichtbare weibliche und **queere Vorbilder auf Informationsmaterialien** des Landes sowie durch die Förderung und den Ausbau von **Sport- und Freizeitangeboten für trans, inter und nicht-binäre Menschen**. Öffentliche Einrichtungen im Land sollen **verpflichtend mit kostenlosen Periodenprodukten** ausgestattet werden. **Verhütungsmittel** sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Sicherheit im öffentlichen Raum darf nicht länger an der Lebensrealität von queeren Menschen vorbei geplant werden. Kommunen und Landkreise sollen landesweit ein **Raster zur Erhebung des subjektiven Sicherheitsempfindens** erhalten, um gezielt Maßnahmen wie **bessere Beleuchtung, sichere Aufenthaltsorte und gleichberechtigte Mobilität** umzusetzen. Gleichzeitig sind **queerfeindliche Übergriffe ernst zu nehmen** – es braucht **landesweite Präventionsarbeit** und den **Ausbau von Schutzräumen**. Der **Gewaltschutz** ist dabei immer stark auf Frauen fokussiert, während andere Gruppen, darunter Kinder, queere Menschen und Menschen mit Behinderung, oft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Frauen- und Kinderschutzhäuser müssen barrierefrei gestaltet und für alle Schutzbedürftigen geöffnet werden. Es braucht

außerdem spezifische Beratungsstellen für Männer, die von Gewalt betroffen sind. **Spezialisierte Angebote für geflüchtete und migrantisierte Personen** sind notwendig, z. B. mehrsprachige Beratungen.

Die langfristige **Finanzierung von Schutzhäusern** muss sichergestellt werden. Gewalt gegen Frauen muss als **zentrales Sicherheitsproblem** anerkannt werden. Baden-Württemberg sollte zudem das bewährte Wiener Modell für Gewaltschutz übernehmen, bei dem Frauenhäuser, Polizei und Täterarbeit eng zusammenarbeiten.

Darüber hinaus fordern wir die Entwicklung queersensibler Lehrmaterialien sowie verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zu queeren Lebensrealitäten. Ein **landesweites Förderprogramm für queere Zentren** muss Begegnungsräume in Stadt und Land schaffen und absichern.

Queerfeminismus darf kein Nebenschauplatz sein – er gehört ins Zentrum einer gerechten Politik. Gleichberechtigung muss in allen Lebensbereichen konkret gelebt, finanziert und politisch verankert werden.

9 Krisensicherheit garantieren

Junge Menschen brauchen eine Gesellschaft, die auf Krisen aller Art vorbereitet ist! Deshalb fordern wir **verbindliche Katastrophenschutzpläne auf allen Ebenen**, die Hochwasser, Blackouts und andere Notfälle abdecken, sowie die konsequente Umsetzung und Finanzierung von **Klimaanpassungskonzepten**, um Städte und Gemeinden widerstandsfähiger gegen Extremwetterereignisse zu machen. Besonders **Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung** müssen gezielt geschützt werden.

Der Katastrophenschutz muss finanziell abgesichert sein, damit im Ernstfall keine Lücken entstehen. Kommunen benötigen ein eigenes gesichertes **Budget für Notfallinfrastruktur sowie Investitionen in klimaresistente Maßnahmen** – von Hit-

schutzräumen über die Umsetzung von Schwammstadt-konzepten bis hin zu einer **hitzeresistenten Stadtplanung** mit mehr Grünflächen und Frischluftschneisen. Regelmäßige **Klimarisikoplanungen** sollen helfen, frühzeitig Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Der **verpflichtende Katastrophenschutztag an Schulen** soll **flächendeckend auf alle Klassenstufen** ausgeweitet und mit einem einheitlichen Konzept unterlegt werden. Durchführende Organisationen wie die Feuerwehr, das THW und die DLRG, sollen speziell dafür geschult werden und für entsprechende Bildungstage an Schulen verpflichtend freigestellt, sowie mit einer entsprechenden **ausgleichenden Entschädigung** vergütet werden. Das Konzept soll außerdem auf weitere öffentliche Einrich-

tungen, wie **Ämter und Hochschulen, ausgeweitet** werden.

In Notfällen zählt jede Sekunde – junge Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Rettungsdienste und Krankenhäuser jederzeit einsatzbereit sind. Deshalb fordern wir, die **Notfallpläne für Rettungsdienste und Kliniken auf jede Art von Krisen anzupassen**, damit in Krisensituationen keine wertvolle Zeit verloren geht und auch bei anhaltenden Krisen Material und Personal durchgehend zur Verfügung stehen. **Krisenbotschafter*innen** müssen als feste Ansprechpersonen geschult werden, um im Notfall für Bürger*innen da zu sein.

Die **Notstromversorgung für Arztpraxen, Rettungsdienste und andere Blaulichtorganisationen** muss ausge-

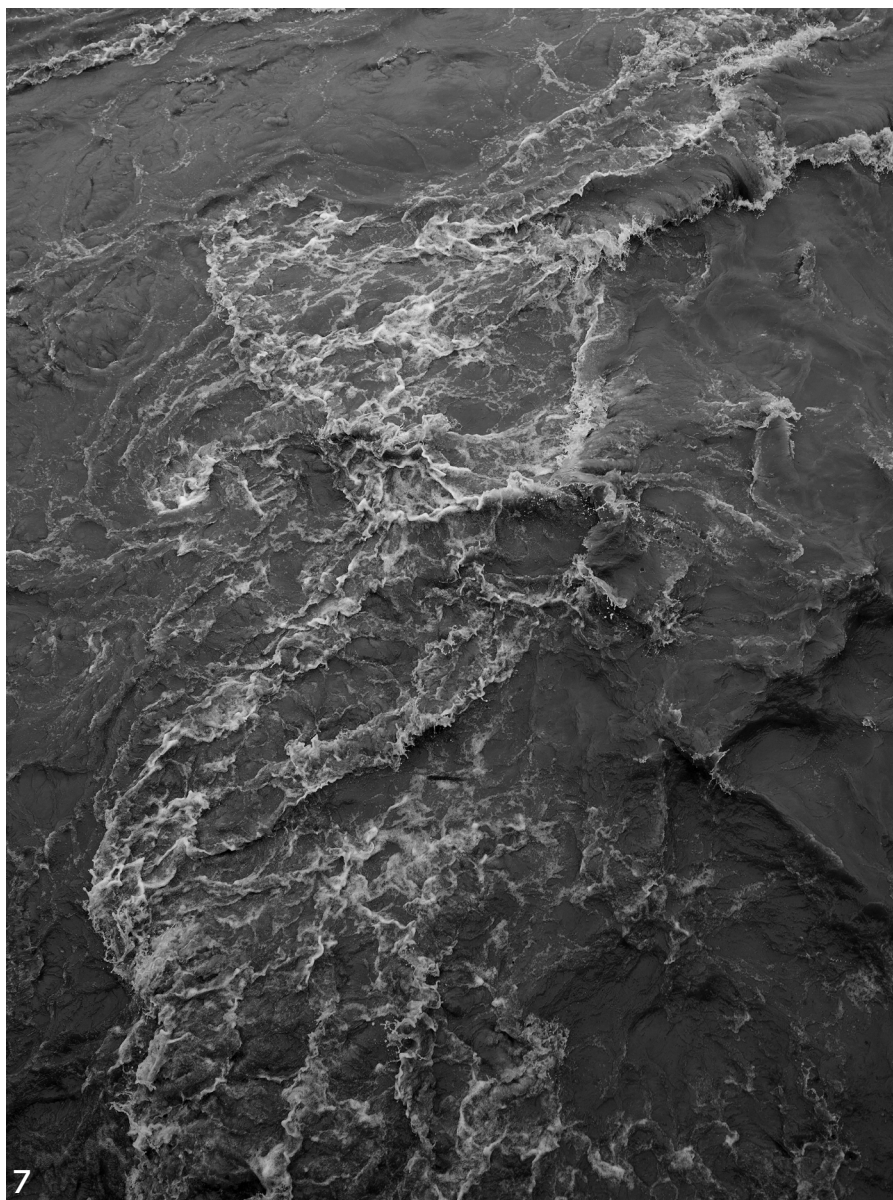
baut und staatlich gesichert, die Feuerwehr, die DLRG und das Technische Hilfswerk mit moderner Technik und Ausrüstung für Extremwetterlagen und andere Krisen ausgestattet werden. Gerade **Ersatzausstattung** muss im Notfall schnell zur Verfügung gestellt werden und darf sich nicht durch ungeklärte Finanzierung verspäten. Im Notfall muss das Land hier einspringen und **finanzielle Mittel bis zur Klärung der Finanzierungsfrage** vorstrecken. Es braucht **klare Einsatzstrukturen**, damit Ehrenamtliche und Spontanhelfer*innen in Notsituationen effizient eingesetzt werden und nicht im Chaos untergehen.

Gute Arbeitsbedingungen sind auch im öffentlichen Dienst entscheidend, damit im Notfall genug Personal zur Verfügung steht. Deshalb braucht es bei der Polizei und anderen verbeamteten Berufen eine **Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit** von 41 auf unter 40 Stunden sowie eine **angemessene Erhöhung der Erschwerniszulage (LOD)** auf 5 € statt der bisherigen 1,28 €. Gerade in belastenden Schichtsystemen müssen faire Löhne und Arbeitszeiten gewährleistet sein.

Um die medizinische Versorgung auch in Krisensituationen zu sichern, braucht es außerdem **finanzielle Mittel für den Ausbau von Notfallkapazitäten** sowie ein **digitales Verzeichnis für Pflegekräfte**, um im Krisenfall schnell Personal mobilisieren

und organisieren zu können. **Kleinere Katastrophenschutzorganisationen wie die DLRG müssen finanziell** durch das Land mehr unterstützt werden, um neben der Feuerwehr flächendeckend Bildungsangebote zur Krisenprävention durchführen zu können. Zudem muss die **Freistellung der Ehrenamtlichen** nicht nur im Katastrophenfall verpflichtend werden, sondern auch, wenn diese wichtige Präventions- oder Bildungsaufgaben übernehmen.

Zusätzlich fordern wir eine **schnelle Digitalisierung der Verwaltung**, um in Krisen wie einer Pandemie handlungsfähig zu bleiben. Terminvergaben und Anträge müssen digital und unkompliziert möglich sein – ohne bürokratische Hürden. Wer in einer Krise Hilfe braucht, darf nicht in endlosen Wartezeiten oder Formularen steckenbleiben. Krisenvorsorge darf nicht länger vernachlässigt werden – jetzt braucht es konsequentes Handeln!



7

10 Ehrenamt stärken

Das Ehrenamt ist das Grundgerüst unserer Gesellschaft – gerade junge Menschen sind die Zukunft dieses Engagements! Deshalb fordern wir mehr **kostenlose Bildungsangebote und finanzielle Unterstützung für ehrenamtliche Helfer*innen**, damit sie optimal auf jede Situation vorbereitet sind und sich genug Menschen für ein Ehrenamt entscheiden.

Junge Menschen sollen für ihr Engagement **spürbare Vorteile** erhalten: So soll das Ehrenamt bei Bewerbungen in öffentlichen Einrichtungen und Universitäten in die Einstellungskriterien aufgenommen werden. Die **Jugendleitercard soll als ÖPNV-Ticket** in ganz Baden-Württemberg anerkannt und mit attraktiven Freizeitangeboten ergänzt werden. **Die Ehrenamtskarte** soll in der Beantragung einfacher und ihre Vorteile attraktiver gestaltet werden. Zudem müssen **Programme wie verpflichtende Vereinstage in Schulen, Hochschulen und Jugendzentren** das Ehrenamt gezielt fördern, um jungen Menschen den Einstieg zu erleichtern und die Sichtbarkeit der Vereine zu erhöhen. Durch **öffentliche Ehrungen und Erwähnungen** soll das Ehrenamt gerade in kleineren Vereinen sichtbar und wertgeschätzt werden.

Auch die **Vereinslandschaft** als Rückgrat des sozialen Zusammenhalts muss ausgebaut werden und speziell für die Jugendverbandsarbeit müssen kommunal **Räumlichkeiten zur Verfügung stehen**, welche durch das Land mitfinanziert werden. Ebenfalls durch eine Stärkung und den personellen Ausbau der **Jugendverbandsarbeit** in den Kommunen, kann der Zusammenhalt und das Ehrenamt bei jungen Menschen gestärkt werden. Gerade auch Sportvereine müssen gestärkt und vor allem in der öffentlichen Wahrnehmung hervorgehoben werden. So braucht es eine sichtbare **Anerkennung des Spitzensports** und der Sportvereine in Baden-Württemberg.

Neben dem ehrenamtlichen Engagement wollen junge Menschen nicht nur gehört, sondern ernst genommen und aktiv in politische Prozesse eingebunden werden. Aus diesem Grund braucht es ein **Jugendgremium auf Landesebene** am Vorbild eines Bürger*innenrats, das echte Mitspracherechte erhält und junge Menschen in Entscheidungsprozesse einbindet. Dieses Gremium muss auch auf Landesebene ein gesetzlich verankertes **Anhörungs- und Antragsrecht der Jugend** bei wichtigen politischen Entscheidungen

und Haushaltsplanungen bekommen. Das **Beteiligungsportal Baden-Württemberg** muss um jugendgerechte Angebote erweitert werden, die leicht verständlich, interaktiv und zugänglich sind.

Jugendbeteiligung muss auf allen Ebenen gestärkt werden! Wir fordern eine gezielte Förderung von **Jugendvertretungen in den Landkreisen**, damit junge Menschen direkt vor Ort mitgestalten können. Entscheidungen über ihre Zukunft dürfen nicht mehr ohne uns junge Menschen getroffen werden – Jugendbeteiligung muss endlich auch im Land ernst genommen werden!



Bild- quellen

1. UNSPLASH | JOHANNES ANDERSSON
2. UNSPLASH | ÜMIT BULUT
3. UNSPLASH | DANIEL ABADIA
4. UNSPLASH | JEAN-BAPTISTE D.
5. UNSPLASH | GAYATRI MALHOTRA
6. UNSPLASH | CECILIE BOMSTAD
7. UNSPLASH | WOLFGANG HASSELMANN

Impressum

Grüne Jugend
Baden-Württemberg

Sprecher*innen:
Tamara Stoll & Tim Bühler

Königstraße 78
70173 Stuttgart

E-Mail: buero@gjbw.de
Tel.: +49 178 2365211

März 2025

**GRÜNE
JUGEND**
BADEN-WÜRTTEMBERG